

# Die Baugewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
Nr. 4 - 31. Jahrgang **Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3** Berlin, 25. Januar 1930

### Arbeitslosigkeit und Winterbau

Angeichts der trotz der milden Witterung katastrophalen Lage des Baumarktes in diesem Winter war es sehr zu begrüßen, daß die Gesellschaft für Soziale Reform die baugewerblichen Fachkreise — Arbeitgeber wie Arbeitnehmer — und behördliche Stellen zu einer Ausschüßung eingeladen hatte, in der die Frage des Winterbaus und der winterlichen Arbeitslosigkeit erörtert wurde. Der Vorsitzende der Gesellschaft für Soziale Reform, Erzelenz v. Kostiz, bemerkte in seiner Eröffnungssprache, daß der Winterbau nicht nur ein technisches, sondern vor allem auch ein organisatorisches, ein Verwaltungsproblem sei. Das zeige der diesjährige Winter in aller Deutlichkeit, wo technische Schwierigkeiten des Bauens nicht beständen. Es müßten Bauaufträge im Winter vorhanden sein und es müsse die Möglichkeit der Finanzierung der vorhandenen Bauvorhaben bestehen.

Eingehend sprach dann Dr. Günther Kühn gerade über diese Frage. Er ging aus von der wirtschaftlichen Bedeutung des Baugewerbes. Das Baugewerbe sei der größte Gewerbebezweig. Es beschäftige etwa drei Millionen Menschen und gäbe mit den Angehörigen etwa neun Millionen Menschen Brot. Das Baugewerbe müsse wie in Amerika der ausgleichende Faktor der Wirtschaft sein. Statt dessen belaste es bei uns die gesamte Wirtschaft im Winter regelmäßig auf das schwerste. In Deutschland habe man sich bisher mit dem Stilllegen der Bautätigkeit und der Massenarbeitslosigkeit im Winter als einer unabhänderlichen Tatsache abgefunden. Der Rückgang der Winterarbeitslosigkeit in den letzten 30 Jahren bei uns, vor allem die Erfolge auf diesem Gebiet in Amerika bewiesen deutlich, daß wir der Frage des Winterbaus nicht machtlos gegenüberstünden. In Deutschland habe es bisher nur noch an einer zielbewußten Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit gefehlt, weil man sich an das Ruhen der Bautätigkeit im Winter gewöhnt habe und sich bisher über die Schäden der Winterarbeitslosigkeit nicht klar geworden sei.

Selbst wenn das Baugewerbe gewollt hätte, wäre die Durchführung des Winterbaus bisher nicht möglich gewesen, weil die Bauaufträge im Winter gefehlt hätten. Man scheue die höheren Baukosten im Winter (etwa 3-5 Prozent). Nur derjenige sei bereit, die höheren Baukosten auf sich zu nehmen, für den infolge kürzerer Bauzeit ein Vorteil herauspringe. Das sei vor allem bei den Behörden nicht der Fall. Diese hätten daher bisher in allgemeinen kein Interesse für den Winterbau gezeigt. Gerade aber das Verhalten der Behörden, deren Aufträge für den Baumarkt, zumal auch der Wohnungsbau in starkem Maße von ihnen abhängig sei, von auschlaggebender Bedeutung seien, habe die Förderung des Winterbaus stark gehemmt. Für die Finanzierung spiele auch der ungünstige Beginn des Statjahres eine erhebliche Rolle.

Angeichts der furchtbaren Schäden der Winterarbeitslosigkeit müsse man aber unbedingt zu einer Lösung der Frage des Winterbaus kommen. Die Hauptschäden seien: Starke Arbeitslosigkeit bei allen baugewerblichen Arbeitern, regelmäßiger Lohnausfall von etwa 1 Milliarde RM. und dadurch Nachlassen der Kaufkraft, häufiger Wechsel der Arbeitsstelle und dadurch Fehlen eines festen Arbeiterstammes, Ueberkapazität der Baustoffbetriebe, Unrentabilität von modernen Maschinenanlagen, stärkste Hemmung der Rationalisierung im Baugewerbe selbst. Der Leerlauf im Winter verteuere den gesamten Baubetrieb außerordentlich.

Was sei nun zu tun, um diesem Uebel abzuhelfen? Baustoff- und Baugewerbe drängten schon an sich bei wachsender Rationalisierung und Mechanisierung nach der Beseitigung der Winterarbeitslosigkeit. Es fehle die Aktivität der Behörden.

Aber von ihnen gerade müsse das Entscheidende getan werden. Notwendig sei vor allem: 1. Bessere Zusammenarbeit der Behörden und Verlegung des Statjahres zwecks zeitiger Finanzierung der Bauten; 2. unterschiedliche Verteilung der Hauszinssteuer im Sommer und Winter, d. h. im Winter höhere Hauszinssteuerbeträge, um einen Anreiz zum Winterbau zu schaffen; 3. niedrigere Wintertarife der Reichsbahn für Baustoffe; 4. Verwendung von Mitteln aus der werbeschaffenden Arbeitslosenfürsorge für den Fortarbeiter; 5. Ausführung von Reparaturarbeiten im Winter.

Von der Durchführung dieser Forderungen verspricht sich Dr. Kühn die allmähliche Beseitigung der Winterarbeitslosigkeit. Gelingt es, den Winterbau durchzuführen, so sei vorerst einmal mit einer Senkung der Baukosten, dann aber auch mit einer außerordentlich günstigen Wirkung auf die gesamte Volkswirtschaft zu rechnen. — Zum Schluß meinte Dr. Kühn, es könne die Frage entstehen, ob für die Durchführung des Winterbaus auch ein ausreichender Baubedarf vorhanden sei. Er glaubte, die Frage unbeantwortet zu können. Wenn man den gesamten Wohnungsbedarf überlege, dazu die sonstigen Erneuerungs- und Verbesserungsarbeiten und die notwendigen Straßneubauten, könne man augenblicklich mit einem Bedarf in Höhe von 20 Milliarden RM. rechnen. Das bedeute auf zehn Jahre verteilt jährlich einen Bedarf von 2 Milliarden RM. Die volkswirtschaftliche Rentabilität sei ohne Frage vorhanden.

Danach sprach Konsul Eutter (Dresden) über „Praktische Erfahrungen des Bauens im Winter“. Die Notwendigkeit, im Winter zu bauen, sei entstanden durch das Anwachsen der Arbeitslosigkeit und das Bestreben, Bauzinsen durch schnelle Fertigstellung der Bauten zu sparen. Durch das genaue Studium der technischen Bedingungen des Bauens im Winter sei es möglich, eine einwandfreie Durchführung der Bauten zu gewährleisten. Wie sich gezeigt habe, überwiegen die mit der neuen Methode erzielten Vorteile die durch sie entstehenden Kosten. Bisher habe man hauptsächlich das Mittel der Erwärmung der Baustoffe angewandt. Die neue, von der Firma Wanz & Freitag A. G. angewandte Methode sehe eine hygienisch einwandfreie und nicht feuergefährliche Beheizung ganzer Baustelle vor. Die vom Vortragenden angeführten Beispiele von Bauausführungen zeigen, daß auch in Deutschland mit dieser Methode praktische Erfolge erzielt worden sind. Es liege nunmehr, da die technischen Möglichkeiten gegeben sind, an den öffentlichen und privaten Auftraggebern, dafür zu sorgen, daß auch im Winter Bauten erstellt werden.

In der Diskussion sprach u. a. Reichsarbeitsminister Dr. Wiffel. Er meinte, daß die erörterten Fragen Probleme auf lange Sicht seien. Augenblicklich sei es nicht einmal sicher, ob im kommenden Sommer ausreichend gebaut werden könne. Die Baufinanzierung sei schon augenblicklich sehr schwierig, und es sei fraglich, ob eine baldige Besserung eintreten werde. Eine halbe Milliarde Reichsmark fehle zur endgültigen Finanzierung der in Angriff genommenen Bauten. Der Pfandbriefabsatz stöcke. Schon im letzten Jahre sei bei den Hypothekendarlehen ein Hypothekenausfall von 250 Millionen zu verzeichnen gewesen. Bei den Sparkassen sei die Lage nicht ganz so schlimm, aber im Frühjahr sei in Auswirkung der Beschlüsse des Städtetages ein Rückgang zu erwarten. Hauszinssteuermittel würden nicht mehr im bisherigen Umfange zur Verfügung stehen, da erhöhte Mittel zu Mietzuschüssen verwandt werden und kurzfristige Kredite der Gemeinden, die auf die Hauszinssteuer zum Teil schon bis 1931/35 vorgegriffen hätten, abgedeckt werden müßten. Mittel

aus der Sozialversicherung und Arbeitgeberzuschüsse seien im bisherigen Umfange nicht zu erwarten. Allgemeine Kapitalknappheit, Rückgang der Auslandskredite und Erhöhung des Zinsfußes um durchschnittlich 2 Prozent verschärften die Lage. Die Bautätigkeit im kommenden Sommer würde daher aller Voraussicht nach sehr gehemmt sein. Der einzige wirksame Ausweg sei, Mittel aus dem Ausland zur Belebung der Bautätigkeit herbeizuschaffen. — Das Reichsarbeitsministerium sei bemüht, zu veranlassen, daß die Vergabe von öffentlichen Aufträgen für die Bauwirtschaft möglichst in Zeiten der Arbeitslosigkeit erfolge. Eine Verlegung des Statjahres könne in der Tat manches bessern, sei aber schwer zu erreichen. Beachtenswert sei Bayerns Methode, die Hauszinssteuerhypotheken zweimal im Jahre zu vergeben, wodurch größere Stetigkeit erreicht werde. Der Gedanke, durch Abschwächung der Saisonschwankungen und damit rationellere Betriebsführung die Bauwirtschaft zu heben, sei äußerst begrüßenswert und habe die Unterstützung des Ministeriums.

Wir betonen nochmals, daß wir die gründliche theoretische Erörterung des Problems des Winterbaus auf das wärmste begrüßen. — Alle Arbeiten in dieser Richtung finden unser stärkstes Interesse und unsere Bereitschaft zur Mitarbeit. Die gemachten Vorschläge finden unsere Unterstützung. Wir möchten allerdings davor warnen, die Förderung des Winterbaus auf Kosten der Bauarbeiterlöhne zu betreiben, — es klang das einmal an. — Wir fürchten aber, daß man die praktische Finanzgriffnahme allzu sehr auf die lange Bank schiebt. Man sprach so oft von „Problemen auf lange Sicht“. Die Not brennt den Bauarbeitern auf den Nägeln. Sie können nicht lange warten. Auch für das ganze Baugewerbe, ja, für die ganze Wirtschaft ist es von größter Bedeutung, daß bald etwas geschieht, um die Bautätigkeit wieder stärker in Gang zu bringen. Es müssen vor allem, solange der eigene Kapitalmarkt brach liegt, Auslandsanleihen für den Baumarkt herbeigeschafft werden, auch gegen den Widerstand des Reichsbankpräsidenten Schacht.

### Wie lange noch!

Nicht ohne Schwierigkeiten sind erstmalig die Lehrlingsverhältnisse teilweise im Tarifvertrag geregelt worden. Daß es nötig war, auch für Lehrlinge außer dem Lehrvertrag noch Bestimmungen für das Lohn- und Arbeitsverhältnis der Lehrlinge in den Tarifvertrag aufzunehmen, beweisen die vielen Verdöße gegen die Vertragsbestimmungen der Lehrlinge. Nicht aus agitatorischen Gründen haben sich die Bauarbeiterverbände für tarifliche Vereinbarungen auch für die Lehrlinge stark gemacht (einseitige Arbeitgeber haben es auch getan), sondern die Sorge um den Nachwuchs im Baugewerbe zwangen die Gewerkschaften dazu. Neben dem Lohn — Verzeihung, Entschädigung — sind Bezahlung der Schulstunden und der Urlaub tariflich geregelt. Offen, zwar nach dem R.L.B. in Aussicht gestellt, ist noch die Zahl der Lehrlinge zu den Gesellen. Und gerade hier sollten auch die Arbeitgeber ein Interesse daran haben, Ordnung zu schaffen. Ein Beispiel von vielen soll demonstrieren, wie katastrophal es gerade hier in ländlichen Gebieten aussieht. Ein Maurermeister in einer kleineren Stadt in der Nähe von Berlin beschäftigt:

- 1 Polier, 20 Maurer, 5 Zimmerer = 25 Gesellen dazu
- 15 Maurer- und 7 Zimmererlehrlinge = 22 Lehrlinge ein anderer:
- 15 Gesellen . . . . . = 15 Gesellen dazu
- 25 Maurer- und 15 Zimmererlehrlinge = 40 Lehrlinge ein dritter:
- 20 Gesellen
- 23 Lehrlinge

Das ergibt in den drei Firmen zusammen 85 Lehrlinge zu 61 Gesellen. Daß hier bei dieser Zahl für

die „gute“ Ausbildung der Lehrlinge zu tüchtigen Fachleuten Sorge getragen ist, steht außer Zweifel. Lehrlinge Beispiele können beliebig verlängert werden.

Wäre die Ausbildung auf dem Bau oder auf dem Zimmerplatz mit einem Schulsaal zu vergleichen, könnte man damit zufrieden sein. In diesem Falle ist es etwas anderes. Jeder einzelne Lehrling braucht in der praktischen Ausbildung joviell Sorgfalt, daß bei den genannten Zahlen die Erziehung zu tüchtigen Fachleuten unbedingt in Frage gestellt ist. Als Zimmermeister weiß ich aus eigener Erfahrung, welche Aufmerksamkeit man den einzelnen Lehrlingen, wenn sie im Beruf tüchtig werden sollen, widmen muß. Haben die Arbeitgeber nicht auch ein Interesse daran, tüchtige Fachleute im Baugewerbe zu haben? Schon der Ehrgeiz, als Lehrherr (so war es während meiner Lehrzeit), die tüchtigsten Leute herangebildet zu haben, sollte solche Verhältnisse, wie die vorstehend geschilderten, verhindern. Zugegeben, daß es noch Lehrherren gibt, die den Ehrgeiz besitzen; bei der großen Mehrzahl, gerade in den ländlichen Gegenden, ist das nicht der Fall. Die Lehrlinge werden eingestellt; je nach der körperlichen Stärke müssen sie Arbeiten verrichten, und wenn die Lehrzeit um ist, dann bekommen sie ihre Papiere, und nun steht der junge Mensch da, hat drei Jahre gelernt und kann nichts. Dann hat es selbstverständlich an ihm gelegen, er hat nichts gelernt. Hunderte von Fällen können aufgeführt werden, wo der junge Mann, der in solchen Betrieben gelernt hat, als Junggehilfe von Baustelle zu Baustelle wandert, um Arbeit zu bekommen, weil er nicht Schritt halten kann. Infolge der mangelnden Ausbildung wird er immer wieder nach kurzer Beschäftigungsdauer durch den Polier oder den Arbeitgeber selbst entlassen, bis er dann das Vertrauen zu sich selbst und damit auch die Lust zur Arbeit verliert. Und was dann?

Wie weit die Verhandlungen, diese Zustände zu beseitigen, gediehen sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Hoffentlich kommen sie bald mit einem Ergebnis zu Ende, das nicht die Lehrlingszuchterei verewigt, und zwar ohne Mithilfe der Handwerkskammern. Denn Vorschläge von Handwerkskammern bezagen, daß ein Arbeitgeber, der keine Gesellen beschäftigt — und so ist es doch, wenn es heißt 0-5 —, fünf Lehrlinge halten kann. Oder daß ein Lehrherr, der 11 Gesellen be-

schäftigt, schon 30 Lehrlinge halten kann. Das beweist, daß auch Handwerkskammern nicht das nötige Verständnis für die tüchtige Ausbildung der jungen Leute haben. Es beweist weiter, daß auch Handwerkskammern sich der Gefahren nicht bewußt sind, die für die jungen Leute und für das Gewerbe bestehen, denn von einer sorgfältigen Ausbildung kann doch bei diesen Zahlen keine Rede sein. Aus diesem Grunde ist es schon nötig, daß ohne Mitarbeit der Handwerkskammern die Lehrlingsverhältnisse geregelt werden und zwar so, daß die tüchtige Heranbildung eines guten Nachwuchses gesichert ist. Es kommt hierbei nicht auf die Masse, sondern auf die Qualität an. Dieser Gedanke sollte auch bei den Arbeitgebern maßgebend sein. So vorteilhaft, so wünschenswert es für unsere Bauwirtschaft ist, tüchtige Unternehmer zu haben, daß aber ein Lehrherr, ohne einen Gesellen zu beschäftigen, fünf Lehrlinge zu tüchtigen Facharbeitern heranbilden kann, dürfte auch für die Handwerkskammern nicht ohne weiteres Wahrheit sein. Das gleiche trifft auch zu, wenn bei 11 Gesellen 30 Lehrlinge gehalten werden können.

Als Gewerkschaften fühlen wir uns verantwortlich für das Heranwachsen eines beruflich-tüchtigen Nachwuchses, und damit dienen wir dem Baugewerbe. Tüchtige Facharbeiter heben die Leistungen des Gewerbes. Da wir doch täglich erleben, daß persönlicher Eigennutz, gerade in den ländlichen Gegenden, die tüchtige Ausbildung in Frage stellt, ergibt sich für uns aus der Verantwortlichkeit die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Zahl der Lehrlinge zu den Gesellen in ein Verhältnis gebracht wird, daß bei den Lehrlingen das alte Sprichwort „Das Handwerk (siehe Beruf) hat goldenen Boden“ wahr wird. Wenn auf Unternehmerseite derselbe Wille vorhanden ist, dann muß man sich freimachen von dem Standpunkte: Hände weg, ihr Gewerkschaften, von den Lehrlingen, das ist Sache der Janungen, sondern man sollte in Anerkennung unseres Pflichtbewußtseins gegenüber der Bauwirtschaft die Vorschläge der Gewerkschaften als Höchstmaß annehmen und nun endlich dazu beitragen, daß die bezonnenen Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt werden, das für den jungen Menschen die tüchtige Erlernung des Berufes garantiert. Julius Herrmann.



wiesen, daß wir einem industriellen Feudalismus entgegengehen. Feudalismus bedeutet nicht Freiheit des Volkes, sondern Abhängigkeit.

Trotzdem wir heute das gleiche allgemeine Wahlrecht haben und trotzdem die Arbeitnehmer rund zwei Drittel der Stimmen besitzen, ist doch im heutigen Staat der Einfluß der Arbeitnehmerschaft nicht so, wie er nach dem gleichen allgemeinen Wahlrecht sein müßte. Wenn wir näher zusehen, dann wissen wir, daß es den Arbeitnehmern vielfach an der nötigen Aktivität fehlt. Wir sehen eine starke wirtschaftliche aber auch geistige Abhängigkeit. Der „Merkut auf dem Kasernenhofe“ steckt unsern Arbeitern wie Angestellten noch sehr stark in den Knochen. Die wirtschaftliche Abhängigkeit macht sich auch politisch geltend. Andererseits ist noch eine ungeheure Bildungsarbeit zu leisten, um die nötigen Kräfte zur Führung zu haben. Ohne Einfluß auf die wirtschaftlichen Kräfte bleibt die politische Demokratie eine formale Sache.

Ich betonte bereits, daß der Kampf der Gewerkschaften auf Mitbestimmung und Mitwirkung, ja, wir dürfen ruhig sagen, auf die Wirtschaftsdemokratie gerichtet ist. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und die sozialpolitischen Maßnahmen des Staates dringen noch nicht bis zur Wurzel vor. Noch fehlt den Arbeitnehmern fast jeder Einfluß auf die Gestaltung und Leitung der Wirtschaft. Erkennt man, daß die politische Demokratie nicht ausreicht und erkennt man weiter, daß der Einfluß der Wirtschaft auf die Politik sehr stark ist, dann muß man darüber nachdenken, wie die organisierte Arbeitnehmerschaft Einfluß auf die Wirtschaft gewinnen kann.

Ist dafür der entsprechende Wille vorhanden, dann gilt es, den Verlauf der kapitalistischen Wirtschaft zu verfolgen, um zu sehen, wo eingegriffen werden muß. Ich muß mich hier auf einen kurzen Ueberblick beschränken.

Wie bereits ausgeführt, hatten wir Kartelle, die eine monopolistische Beherrschung des Marktes erstrebten, schon in der Vorkriegszeit. Im Weltkrieg und in der Nachkriegszeit ist die Kartellierung in raschem Tempo weiter fortgeschritten. Nur wenige Industrien haben keine Kartelle. In der Nachkriegszeit beobachten wir die Vermehrung der internationalen Kartelle und die Entwicklung zum Trust. Ein Trustgebilde von großer Bedeutung sind die F. O. Farben. Wie weit die Vertrustung schon vorgeschritten ist, erkennen wir daran, daß nach der Mitteilung der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ die F. O. Farben und die Vereinigten Stahlwerke 40 Prozent der industriellen Produktion kontrollieren. Die Banken sind schon seit längerer Zeit in den Großbanken aufgegangen. Daß diese Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist, erkennen wir daran, daß zwei Großbanken, die Deutsche Bank und die Disconto-Gesellschaft ihre Verschmelzung abgeschlossen haben.

Werden die monopolistischen Bestrebungen auf Beherrschung des Marktes fortschreiten? Höchstwahrscheinlich ja. Zurzeit ist ein starker Kampf um den Absatz industrieller Produkte auf dem Weltmarkt zu beobachten. Das liegt daran, daß die industrielle Kapazität so groß ist, daß die Produktionsanlagen auf vielen Gebieten gar nicht ausgenutzt werden können. Dadurch können die Preise so gedrückt werden, daß nicht nur jede Dividende verschwindet, sondern daß sogar mit Verlust gearbeitet wird. Diese Tatsache drängt zur Ausschaltung des Konkurrenzkampfes und zu der Tendenz, den Markt zu beherrschen.

Auch die Technik scheint in der Richtung der Konzentration der Betriebe und zur Zusammenballung des Kapitals beizutreiben. Bei der Rationalisierung können wir meistens beobachten, daß eine Zusammenlegung von Unternehmungen stattfindet. Andererseits ist sicher das Streben vorhanden, die Fabrikation eines Produktes vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat in der Hand zu haben. Was dazwischen liegt, muß dann verschwinden. Großbetriebe mit starker Kapitalinvestition mögen es auch nicht vertragen können, daß während einer Wirtschaftskrise große Teile der Produktionsan-

## Die Umbildung der Kapitalistischen Wirtschaft

III

Die rechtliche Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft. — Soziale Probleme. — Kartellierung und Vertrustung der kapitalistischen Wirtschaft

Jede Wirtschaft hat eine rechtliche Grundlage. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung nahm ihren Ausgang von der Freiheit der einzelnen in der Wirtschaft. Jeder Mensch ist auf sich selbst gestellt. Niemand ist zur Arbeit gezwungen, aber er ist verpflichtet, für seinen Lebensunterhalt zu sorgen. Die Produktionsmittel sind Privateigentum, das der Staat mit seinen Rechtswegeln schützt. Wer über Privateigentum nicht verfügt, muß seine Arbeitskraft vermieten, um dadurch seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Wenn sich kein Unternehmer findet, der die Arbeitskraft gebrauchen kann, dann verwies man die arbeitslosen Menschen an die Armenverwaltung. Armenunterstützung zu beziehen, war entehrend, denn das Wahlrecht ging dadurch für einige Zeit verloren.

Die wirtschaftliche Freiheit hat das erhoffte Glück der Menschheit nicht gebracht. Wohl ist die Gütererzeugung im Verlauf eines Jahrhunderts auf den vorzüglichsten Gebieten vervielfacht worden. Die Bevölkerung hat sich auf deutschem Boden in hundert Jahren verdreifacht. Andererseits können wir feststellen, daß der Reichtum sich außerordentlich gesteigert hat. Der Besitz ist in verhältnismäßig wenigen Händen, die große Masse der Bevölkerung ist heillos gelitten. Ihr Einkommen reicht nur zur Beschaffung der unbedingt notwendigen Konsumgüter. Die Lohnarbeit ist nicht nur für ein ganzes Menschenleben gegeben, sondern sie wird erblich.

Der arbeitende Mensch erhielt auch keine wirkliche Freiheit. Von ihm nicht beeinflussbare Faktoren bestimmten sein Lebensschicksal. Festen wir nur an die Konsumtionsverhältnisse und an die damit verbundene Arbeitslosigkeit. Im Betriebe mußte sich der arbeitende Mensch den Bedingungen unterwerfen, die ihm angeboten wurden. Auf die Festsetzung des Arbeits- oder Dienstvertrages hatte er zunächst keinen Einfluß. Wirtschaftliche Abhängigkeit führte in vielen Fällen dazu, daß Arbeiter und Angestellte bei Strafe der Entlassung verpflichtet wurden, ihre „Brotherrn“ in die Parlamente zu wählen. Von wählbarer Freiheit konnte keine Rede sein.

Der wirtschaftliche Liberalismus vernichtete alle Bindungen. Er läßt die wirtschaftenden Menschen voneinander los und stellt jeden auf sich selbst. Die arbeitenden Menschen mußten sich ihre Freiheit durch die Vereinnahmung Schritt für Schritt erkämpfen. Der Gewerkschaftsgedanke geht aus von gleichen Interessen und fordert solidarisches Handeln.

Er ist also das Gegenteil von dem, was der Liberalismus als Ideal ansieht. Erst die Gewerkschaftsbewegung brachte dem arbeitenden Menschen eine gewisse Freiheit auch in der Wirtschaft. Die Gewerkschaft will die Betriebsdiktatur beseitigen, sie kämpft um ein Mitbestimmungsrecht, ihr Streben ist auf die Herbeiführung der Wirtschaftsdemokratie gerichtet. Es ist notwendig, sich darüber klar zu sein, daß diesem gewerkschaftlichen Streben Grenzen gesetzt sind.

Die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung begann mit einer Bergesellschaftung durch Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung. Am Beginn der Entwicklung steht der einzelne persönliche Unternehmer, der sein Geschäft auf eigene Rechnung und Gefahr führt. Der Antrieb zur höchsten Anstrengung lag im Selbstinteresse und im Wettkampfsampf mit anderen Unternehmungen. An die Stelle des persönlichen Unternehmers trat die Aktiengesellschaft. Das Kapital wird anonym. Die führenden Personen der Aktiengesellschaften sind Angestellte mit hohen Gehältern und einer Beteiligung am Gewinn des Unternehmens.

Nach einer Periode der freien Wirtschaft und des freien Wettbewerbs beginnt das Streben nach einer monopolistischen Beherrschung des Marktes. Die Unternehmungen eines Industriezweiges schließen sich zusammen zu losen Kartellen. Zunächst wird versucht, die Absatzgebiete abzugrenzen, gemeinsam die Preisbedingungen festzusetzen, die Preise zu regeln usw. In der weiteren Entwicklung nehmen die Kartelle straffere Formen an. Alle Produkte werden durch eine gemeinsame Verkaufsstelle zu einem vorher bestimmten Preise verkauft. Dabei wird zugleich die Produktion dem Absatz angepaßt. Wir nennen die Kartelle dieser Art Syndikate.

Soweit war die Entwicklung bereits in der Vorkriegszeit fortgeschritten. Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches im September 1918 brachte dem deutschen Volke die politische Demokratie. „Alle Gewalt“ so sagt die Reichsverfassung, „geht vom Volke aus.“ In sich haben wir heute die politische Demokratie. Wir haben aber keineswegs die Herrschaft des Volkes. Es läßt sich wohl die Behauptung verteidigen, daß der Einfluß des Kapitals heute größer ist als jemals früher. Prof. Zombart hat auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik im Herbst 1923 darauf hinge-

Iagen stillliegen. Man wird bemüht sein, die Produktion dem Bedarf anzupassen. So scheinen mir verschiedene Tatsachen dafür zu sprechen, daß die monopolistischen Bestrebungen auf die Beherrschung des Marktes noch fortschreiten werden.

Was bedeutet diese Entwicklung? Nun, die freie Wirtschaft, in der sich die Preise auf Grund des Gesetzes von Angebot und Nachfrage bilden, hat aufgehört. Es fehlt nur noch, daß ähnlich wie bei den Markenartikeln, die Preise vorgeschrieben werden oder daß der Verkauf der Ware durch die Monopolisten selbst erfolgt. Dann können die Preise diktiert werden. Kann sich das ein Volk gefallen lassen? Kann es zusehen, wie Preise gefordert werden, die zu hohen Gewinnen, ja zu einer Ausbeutung führen? Ich glaube nicht. Es wird dann die Aufgabe des Staates sein, die Konsumenten vor Ausbeutung zu schützen. Es wird dann eine Preisfestsetzung erfolgen müssen durch ein Organ, das die Gewähr dafür bietet, daß die Preise angemessen sind. Ein solches Organ wird aber kaum in der Lage sein, von außen her eine Entscheidung zu treffen, sondern es wird genauen Einblick in die Trustunternehmungen oder in die kartellierten Unternehmungen haben müssen. Mit Recht haben die Gewerkschaftsverbände aller Richtungen gefordert, in den vertrauten und kartellierten Unternehmungen vertreten zu sein. Sicherlich wird auch der Staat Einfluß auf solche Unternehmungen verlangen, und ich glaube mit Recht. Auf diese Weise würde aber auch die Arbeitererschaft wirtschaftliche Führer bekommen.

Franz Eberhardt.

### Gewerbeschutz und Baukontrolle Eine Erinnerung

Während der Ära einer fast unbeschränkten Gewerbefreiheit sind Baugewerbetreibende wie Bauarbeiter von gewinnfüchtigen Hauskulantent oft schmer hineingelagt worden. Im Hinblick darauf hat das Zentrum im Reichstag 1894 bereits gesetzliche Maßnahmen zur Unterbindung des Hauswindels verlangt. Es dauerte 15 Jahre, bis das Gesetz zur Sicherung der Bauordnungen zustande kam. Seine Wirksamkeit blieb beschränkt. Gewerbetreibende von Berlin verlangten deshalb 1912 in einer Eingabe an den Reichstag schärfere Maßnahmen gegen das „gewissenlose Treiben berüchtigter Bauunternehmer“ und Sicherung der Ansprüche der Bauhandwerker, Lieferanten und Arbeiter, sowie die Anstellung von Baubuchrevisoren. Etwas später meldete sich auch die „Allgemeine Handwerker-Zeitung“ in München mit der Forderung, schärfer als das Gesetz von 1909 es ermöglichte, gegen die Hauswindler vorzugehen.

Zur Durchführung dieser Forderungen hat die einseitige Arbeitnehmerschaft gute Dienste geleistet. Im Programmwurf des Arbeiterwahlvereins München vom Jahre 1896 sind entsprechende Sicherungsvorschriften und die Einführung einer strengen Baukontrolle zur Verhütung von Bauunfällen verlangt und dann versucht worden, sie bei den Behörden durchzusetzen. Wohl im Hinblick auf die Unbeliebtheit der Gewerbekontrolle, die von den Unternehmern als „Betriebspionage“ bezeichnet und bekämpft worden ist, nahmen die Regierungen der Länder und des Reiches eine zögernde Haltung ein. Sie begnügten sich zunächst mit einer Erweiterung der Unfallverhütungsvorschriften und eine Anweisung an die Polizei, wie an die Beamten der Gewerbe- und Fabrikinspektion, auf deren Durchführung zu achten. In Bayern sind 1898 diesbezüglich besondere Erhebungen durch die Gewerbeinspektionen veranlaßt worden. Der Magistrat der Stadt Augsburg mußte damals vom bayerischen Ministerium zum Erlaß von Schutzvorschriften für das Baugewerbe besonders aufgefordert werden.

Die damaligen Maßnahmen konnten die christlich organisierte Arbeiterschaft Bayerns als Erfolg der regen Tätigkeit ihrer Münchner Führung buchen. Nach größeren Bauunfällen und Häuser einstürzen in verschiedenen Städten Bayerns und anderwärts, in Berlin, Köln usw., verlangte der Arbeiterwahlverein, gestützt auf das Material der Bauarbeiter vom Verein Arbeiterschutz, erneut bessere Schutzmaßnahmen und die Einführung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstand. Auf seine Veranlassung brachte die Zentrumsfraktion des Landtags eine Interpellation ein, bei deren Begründung der Abgeordnete Dr. Schädlcr diese Forderungen unterstrich. Das war der erste parlamentarische Vorstoß in der Sache. Bis zu ihrer Durchführung dauerte es noch eine Weile und für Schirmer, den Führer des Wahlvereins, der 1899 als erster aus dem christlichen Arbeiterlager in den bayerischen Landtag gewählt wurde, war hier noch eine Schlussarbeit zu leisten übrig geblieben.

Die Sozialdemokraten, stark in der Kritik von Mißständen und üblen Vorkommnissen, aber schwach in praktischen Vorschlägen und positiver Arbeit, hatten auch hier versagt. Die Konkurrenz der Christlichen zwang sie nun zum Mittun. Sie riefen eine Konferenz von Bauarbeitern der sozialistischen Bewegung zur

### Am 25. Januar 1930 ist der vierte Wochenbeitrag für das Jahr 1930 fällig.

Ausarbeitung von Vorschlägen zusammen, die der Regierung unterbreitet werden sollten. Da aber der Arbeitervertreter des Zentrums sich mit dem Minister des Innern, von Heilmann, über die Art der Lösung der Frage benommen hatte und die Sozialdemokraten in Gefahr standen, mit ihrer Vorschläge zu spät zu kommen, trat ihr parlamentarischer Führer, Abgeordneter von Volkmar, an den Abgeordneten Schirmer heran mit dem Ersuchen, beim Minister den Aufschub der geplanten Regierungsverordnung zu erwirken, bis die genannte Konferenz ihre Vorschläge in Vorlage gebracht habe. Trotz Bedenken praktischer und taktischer Art stimmte schließlich Schirmer dem Verlangen Volkmars zu. In dessen Gegenwart, auf dem Wege über ein Telefon, trug Schirmer dem Minister die Bitte vor und unterstützte sie so, daß sie Berücksichtigung fand. Bemerkenswert ist, daß Herr von Volkmar damals den Weg der Verständigung mit Ministern über das Telefon nicht für schädlich fand und das Verlangen stellte, zu diesem Zweck dem Innenminister persönlich im Ministerium aufzusuchen. Aber es ging auch so, denn der Fernsprecher ist zwecks Zeitersparnis eingeführt worden.

Dank der geleisteten Vorarbeiten christlicher Arbeiter sind vor rund 20 Jahren Baukontrolleure aus dem Arbeiterstand ange stellt worden: zunächst nur eine kleine Anzahl; im Jahre 1907 waren es bereits 58, so daß Bayern auch in dieser Beziehung vorbildlich dastand und für andere Länder erzieherisch wirkte. Schließlich wurden die Widerstände gegen Kontrollleure aus dem Arbeiterstande auch in Preußen nur mit dem Hinweis auf die bewährte Einrichtung Bayerns überwunden. Im Bericht über die Tätigkeit der Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnete nhauses von 1909 ist dies bestätigt. Das Zentrum verlangte eine staatliche Aufsicht über Bauten durch Ausdehnung der Gewerbeinspektion derart, daß Arbeiter aus dem Baugewerbe als Assistenten die Baukontrolle zu übernehmen hätten. Die Sozialdemokraten hatten ähnliche Anträge vorgelegt. Die preussische Rechte wandte sich trotz der günstigen Erfahrungen mit dem Institut der Baukontrolleure in Bayern dagegen, weil damit nur „die Macht der Sozialdemokratie gesteigert würde“. Wie so manche ihrer Nachfolger von heute hatten die Konservativen nicht begriffen, daß gerade durch die Ablehnung berechtigter Ansprüche der Arbeitnehmerschaft der Sozialdemokratie in die Hände gearbeitet wurde und wird. Das Gleiche gilt hier für die preussische Regierung. Der Handelsminister von Breitenbach erklärte damals, im Februar 1907, daß die Arbeiter wegen ungenügender technischer Vorbildung sich für Baukontrolleure nicht eigneten. Außerdem würde durch sie der soziale Friede gefährdet und der Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verschärft.

Was doch nicht alles gegen eine vernünftige soziale Einrichtung ins Feld geführt worden ist! In gleicher Weise ist auch gegen die Einführung von Grubenkontrolleuren gearbeitet worden. Es mußten erst noch, sowohl auf Gruben wie auf Bauten, Massenunfälle eintreten und Tausende von Arbeitsmenschen zugrunde gehen, bis die preussische Regierung für die Einführung von Sicherheitsmännern und Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstand sich bereit erklärte. Heute findet diese Einrichtung kaum noch eine Gegner schaft; sie hat sich gut bewährt.

### Allgemeine Rundschau

#### Ausschussitzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes tagte am 11. Januar zum ersten Male unter seinem neuen Vorsitzenden, dem Reichstagsabgeordneten Imbusch, im Städtischen Saalbau in Essen. Unter den Erschienenen befand sich auch der frühere Vorsitzende, Reichsverkehrsminister Stegerwald, dem der Vorsitzende für seine bisherige aufopfernde Tätigkeit den Dank des DGB aussprach. Der bisherige Geschäftsführer Dr. Brüning trat mit Rücksicht auf die Übernahme des Vorsitzes in der Zentrumsfraktion des Reichstages von seinem Posten zurück. Imbusch sprach ihm den Dank des DGB aus. Die von ihm bisher ausgeführten Aufgaben sind künftig aufgeteilt zwischen Cudenbach-Dnabrud (Organisation), Fräulein Meinel (Sozialpolitik), Dr. Jahn (Wirtschaftspolitik) und Gerig WDR (Wirtschaftsunternehmungen). Anschließend wurden einige Satzungsänderungen beschlossen. — Darauf hielt Dr. Jahn einen Vortrag über Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der Ausschuß erörterte sodann die Einzelheiten der geplanten Finanzreform und beauftragte die ihm nahestehenden Reichstagsabgeordneten auf die Ausgestaltung des Programms im sozialen Sinne einzuwirken. Des weiteren wandte sich der Ausschuß gegen den Plan, zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung Mittel der übrigen Zweige der Sozialversicherung in Anspruch zu nehmen.

### Last die Steuerarten berichtigen!

Es ist noch zu wenig bekannt, daß der steuerfreie Lohnbetrag von 1200 RM. jährlich (100 RM. monatlich) unter gewissen Voraussetzungen Erhöhung finden kann. Der steuerfreie Lohnbetrag von 100 RM. im Monat setzt sich nämlich zusammen aus 60 RM. Existenzminimum, 20 RM. für Werbungskosten und 20 RM. für Sonderleistungen. Zu den Werbungskosten zählen die Ausgaben für notwendige Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, für Arbeitsgeräte und Arbeitskleidung. Zu den Sonderleistungen rechnen die Beiträge zu den einzelnen Sozialversicherungsarten, die Lebensversicherungsprämien, die Beiträge zu den Gewerkschaften, die Ausgaben für Berufsfortbildung (Fachzeitschrift, Schulgeld), die Kirchensteuer. Für alle die hier angeführten Zwecke ist im Gesetz eine Pauschale von 20 RM. im Monat vorgesehen. Auf Antrag beim zuständigen Finanzamt muß dieser Betrag erhöht werden, wenn durch Belege der Nachweis geführt wird, daß die Ausgaben den Betrag von 20 RM. im Monat übersteigen. Einen Erfolg werden Anträge zur Erhöhung der Pauschalbeträge aber nur haben, wenn die Ausgaben gerammt aufgeführt und in jedem einzelnen Falle durch Bescheinigungen des Arbeitgebers, der Versicherungs-gesellschaft, der Berufsgewerkschaft usw. nachgewiesen werden. Den Anträgen auf Erhöhung ist stets die Steuerkarte beizufügen.

### Eine recht gute Entwicklung

haben die unsern Deutschen Versicherungskonzern (Berlin-Friedenau, Böhmerstr. 15a) angehörende Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft und die Deutsche Feuer- und Lebensversicherung Aktien-Gesellschaft auch im Jahre 1929 genommen. In der Lebensversicherung stieg die Versicherungssumme auf rund 230 Millionen RM. und die Prämieinnahme auf etwa 10 1/2 Millionen RM. Die Prämienreserve wird voraussichtlich einen Stand von etwa 1 1/2 Millionen RM. aufweisen.

Trotz anhaltender Steigerung der Schäden wird der Reingewinn in der Sachversicherung nicht geringer sein als im Vorjahre.

Die Aussichten für die Entwicklung unserer beiden Gesellschaften sind auch für 1930 recht günstig. Wer Mitarbeiter werden möchte, wende sich noch heute an die obige Adresse.

### Aus dem Verbandsleben

**Büße.** Am zweiten Weihnachtstage hielt unsere Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Geschäftliches. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Kollege Rösenberg eröffnete die Versammlung. Er ließ alle Kollegen herzlich willkommen und wünschte allen ein frohes Weihnachtsfest. Unter Geschäftliches konnte der Vorsitzende ein Schreiben vom Kollegen Werner bekanntgeben, worin auf die Winteragitation hingewiesen wird, die von allen Kollegen betrieben werden muß. Kollege Ohms gab den Bericht von der Bezirksversammlung, welche am 22. Dezember 1929 stattgefunden hat, bekannt. In der darauf folgenden Vorstandswahl wurden wieder- bzw. neu gewählt: Aug. Rösenberg als erster, Heint. Mund als zweiter Vorsitzender; Heint. Ohms als erster, Anton Hohmann sen. als zweiter Kassierer; Joh. Fischer als erster, Joh. Knechtjen als zweiter Schriftführer; als Hauptkassierer Joh. Steinhage, als Stellvertreter Aug. Frieße; als Revisoren Joh. Voges und Aug. Krüger. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Hierauf konnte der Vorsitzende den Kollegen die freudige Mitteilung machen, daß Kollege Ohms wiederum als Jubilar gefeiert werden könne. Am 18. Juli 1928 sei er 25 Jahre Mitglied gewesen. Am zweiten Weihnachtstage sei er 25 Jahre als Kassierer in der Verwaltungsstelle tätig. Der Vorsitzende sprach ihm die herzlichsten Glückwünsche unserer Verwaltungsstelle aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß er noch lange Jahre dieses Amt zum Segen unserer Verwaltungsstelle und somit des ganzen Verbandes verwaltet möge. Durch die Zentrale und die Bezirksleitung konnte Kollege Ohms an diesem Tage durch ein schönes Geschenk geehrt werden. Es wurde dann ein dreifaches Hoch auf den Jubilar dargebracht. Zu Punkt Verschiedenes konnte Kollege Fischer, da er als Kreisstagsabgeordneter in den Kreistag eingezogen ist, den Kollegen den Bericht von der ersten Kreisstagsitzung, welche am 21. Dezember 1929 in Bradell stattgefunden hat, mitteilen. Nach längerem gemühtlichen Beisammensein und nach einem Appell an die Mitglieder, wie im alten so auch im neuen Jahre für das Blühen und Gedeihen unseres Verbandes Sorge zu tragen, konnte der Vorsitzende, Kollege Rösenberg um 3 1/2 Uhr unsere gut besuchte Generalversammlung schließen.

Johannes Fischer.  
**Reinhof, Nr. Fulda.** Die Ortsgruppe Fulda hatte am 1. Januar einen Theaterabend, wozu alle Brudervereine, Arbeiter-, Gesellen-, Jünglings- und Gesangsvereine, eingeladen und auch zahlreich erschienen waren. Kollege Henkel eröffnete mit einer Begrüßungsansprache den Abend, wobei er die Hoffnung aussprach, daß das kommende Jahr besser für uns sein möge als das vergangene. Nach einem schönen Prolog, den der junge Kollege Neimüller vortrug, nahm dann Kollege Stahl das Wort zu einem Vortrag. Er schilderte in kurzen Worten die Notwendigkeit der Gewerkschaften und forderte die anwesenden Familienväter auf, darauf zu achten, daß ihre Söhne, soweit sie dem Bauberuf nachgingen, sich unserem Verband anschließen. Er betonte weiter die Wichtigkeit der

Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Konfessionellen Arbeitervereinen. Jeder christliche Gewerkschaftler müsse auch Mitglied des Arbeitervereins sein. Nun folgte ein religiöses Schauspiel: „Der Herrgottswinkel“. Das Stück hinterließ einen tiefen Eindruck und fand dank der guten Leistung der Spieler reiches Beifall. Zum Schluß wurde noch ein Lustspiel „Der Kölner Tinnens als Liebhaber“ aufgeführt, wobei die Spieler nochmals ihr Bestes hergaben. Auf vielfachen Wunsch sollen die Stücke noch einmal aufgeführt werden. Der Tag wird noch bekannt gegeben. Henkel.

**Hohenkirchen (Gotha Land).** Am 4. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Cramer eröffnete dieselbe und gab einen Rückblick auf das verflissene Jahr, das für die Bauarbeiter sehr schlecht war. Viele Kollegen konnten ihre 26 Wochen nicht voll arbeiten und bekommen keine Erwerbslosenunterstützung. Dann wurde die Abrechnung vom 3. Vierteljahr verlesen und genehmigt. Punkt 3 war Wahl des Vorstandes. Kollege Cramer wurde als Vorstand, Kollege Otto Keil als Kassierer einstimmig wiedergewählt.

Zu Punkt 3, Verbandsangelegenheiten, wurden die Verbandsunterstützungen besprochen. Weiter wurde beschlossen, in diesem Jahre einen gemütlichen Abend zu veranstalten und dazu unseren Bezirksleiter Herrmann einzuladen.

Zum Schluß ermahnte noch Kollege Cramer die Anwesenden, ihrem Bauarbeiterverband die Treue zu halten. Mitglied sein, heiße nicht nur, Beitrag bezahlen, sondern auch werben und wirken für den Verband. R. Cramer.

**Bratel.** Am 6. Januar konnte unsere Verwaltungsstelle ihr silbernes Jubiläum feiern. Die Mitglieder waren mit ihren Frauen zahlreich erschienen. Anwesend waren auch Kollege Werner und Kollege Eberg aus Paderborn, weiter als Gäste Herr Dechant Grüne, Herr Vikar Schirpenbach und Herr Bürgermeister Müller. Kollege Eberg hieß alle herzlich willkommen. Nach einem schönen Prolog, vorgetragen von Fräulein Maria Gohle, hielt Kollege Werner die Festrede. Er sprach über Zweck und Bedeutung der christlichen Gewerkschaften und schilderte die Entwicklung unseres Verbandes von der Gründung an. Er richtete auch einige aufmunternde Worte an die Frauen, daß auch sie berufen seien, im Sinne der christlichen Gewerkschaften zu arbeiten. Dann sprach Herr Dechant Grüne einige Worte. Er führte uns im Geiste an die Krippe des Welterlösers, da das Jubelfest gerade in den Weihnachtstagen fällt, und schloß mit dem Wunsch, daß die Verwaltungsstelle Bratel weiter wachsen möge. Herr Bürgermeister Müller schloß sich den Wünschen an und wies dann besonders auf die noch zu leistende Arbeit auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge hin. Hierauf nahm Kollege Werner die Ehrengabe der Jubilare vor. Es sind dies die Kollegen Peter Kemper, August Dümcke, Johannes Gohaus, Franz Gohle und Franz Elber. Im Namen der Jubilare dankte Kollege Dümcke für die Ehrengabe und gab das Versprechen, bis zum Tode treu zur Fahne der christlichen Bauarbeiter zu stehen. Nach einigen Liedern war man dann noch einige Stunden beim Tanz zusammen. Das Gedächtnis an diesen schönen Tag muß uns eine Aneiferung sein, weiter treu zum Verband zu stehen und dafür Sorge zu tragen, daß bald der letzte Unorganisierte von Bratel und Umgegend sich unserem Verbände anschließt.

**Außershan.** Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 3. Januar d. J. in unserem Vereinslokal statt. Der Vorsitzende, Kollege Fleischer, eröffnete um 7 Uhr die Versammlung und begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung 1. Quartal 1929; 2. Kassenbericht; 3. Jahresbericht; 4. Verschiedenes. Nach Verlesen des Protokolls erhielt der Kassierer das Wort zu seiner Abrechnung. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Kollege Sauer führte den Kollegen die Mitgliederbewegung unserer erst neugegründeten Verwaltungsstelle vor Augen, die in der kurzen Zeit ihres Bestehens einen recht guten Anstieg zu verzeichnen hat. — Im Anschluß daran sprach der Angehörte des Verbandes ländlicher Arbeitnehmer in Mejeritz, Kollege Graf, über die Wichtigkeit gewerkschaftlicher Organisationen. Vor allen Dingen führte er den jungen Kollegen die Bemühungen der Gewerkschaften, ihnen eine gute Berufsausbildung zu sichern, vor Augen. Fleischer.

**Samborg.** Die Ortsgruppe Samborg hielt am 12. Januar ihre Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Kollege Dujold, begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen, insbesondere den Kollegen Stadtrat Krebs und den Bezirksleiter, Kollegen Schilling. Dann gab er den Jahresbericht. Das Jahr 1929 war für die Ortsgruppe nicht besonders günstig. Im ersten Vierteljahr lag die Bunttätigkeit infolge des harten Frostes vollständig darnieder. Auch im Sommer wurde nur sehr mäßig gebaut, und die Zeiten wurden dann noch, als Folge des Submijonensens, im Galopp Tempo in die Höhe getrieben. Die Leidtragenden waren die Bauarbeiter. — Vom Ortsrat der christlichen Gewerkschaften wurden im Laufe des Jahres verschiedene Bildungsabende veranstaltet, u. a. über „Gemeinde und Staat“, „Arbeitsgerichtsbarkeit“, „Arbeitslosenversicherung“. Der Besuch der Bildungsabende wie auch der Besuche der Mitgliederveranstaltungen hätte besser sein können. Es darf allerdings nicht mehr vorkommen, daß eine Versammlung wegen mangelnden Besuchs ausfallen muß. — Seitens des Ortsratells konnten zu Weihnachten wieder einige bedürftige Kollegen unterstützt werden. — Ein wunder Punkt ist noch immer das

Neben von Arbeitslosenmarken. Es kommt immer wieder vor, daß einzelne Kollegen noch Arbeitslosenmarken haben, wenn sie schon einige Wochen wieder in Arbeit sind. Daß das Betrug ist, kommt den betreffenden Kollegen anscheinend nicht zum Bewußtsein. Der Mitgliederbestand konnte im vergangenen Jahre gehalten werden. Kollege Dujold dankte den Kollegen für ihre tatkräftige Mitarbeit. Es müsse aber noch sehr viel stärker agitiert werden. Hierauf gab Kollege Sebalb den Kassenbericht. Die vom Kollegen Freitag als Kassenrevisor erbetene Entlastung für den Kassierer wurde erteilt. — Kollege Stadtrat Krebs richtete einige ermunternde Worte an die Versammlung und bat, ihm von allen Unrempelungen durch andere Organisierte und von etwaigen Unzulänglichkeiten beim Arbeitsamt Mitteilung zu machen. Er werde möglichst für Abhilfe sorgen. — Kollege Schilling hielt einen Vortrag über die Entwicklung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens und über die verschiedenen sozialen Gesetze. Eingehend sprach er über die Verschlechterungen in der Arbeitslosenversicherung. Er forderte

## Kollegen, lest den „Deutschen!“

zum Schluß die Kollegen zu regerer Mitarbeit auf. — Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Valentin Dujold, 2. Vorsitzender: Johann Freitag, Kassierer: Karl Sebalb, Schriftführer: Karl Schrott, Ausschuß- und Ortskartelldelegierte: Eugen Schaad und Johann Herold, Kassenführer: Schimpf und Pader. — Zu Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, die Monatsversammlung jeweils am zweiten Sonnabend, 19 Uhr, in den Luitpoldsälen abzuhalten. Weiter wurde der Beitrag für das Ortskartell festgesetzt. — Kollege Dujold dankte zum Schluß dem Bezirksleiter und allen Kollegen und bat um eifrige Mitarbeit zur Stärkung des Verbandes. Dujold.

**Simmern (Westerwald).** Am 12. Januar fand unsere Generalversammlung für das Jahr 1929 statt, zu der alle Mitglieder erschienen waren. Der erste Vorsitzende eröffnete um 11 Uhr die Versammlung und gab zunächst die Einnahmen und Ausgaben der Kasse bekannt. Dann sprach Kollege Steiof über die Arbeitslosenfrage. Er ging das Arbeitslosenversicherungsgesetz durch und gab über alle Punkte Aufklärung, die für die Kollegen von Wichtigkeit sind. Sein Vortrag zeigte klar, welche Nachteile die Neuregelung der Arbeitslosenversicherung den Bauarbeitern gebracht hat. Es folgte dann die Vorstandswahl. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt: 1. Vorsitzender: Peter Meßler, 2. Vorsitzender: Jakob Sahl, 1. Kassierer: Johann Herbst II, 2. Kassierer: Josef Meßler, Schriftführer: Heinrich Wittich, Beisitzer: Heinrich Schneider und Georg Schneider. Unter Punkt Verschiedenes wurde noch einmal über Fragen aus der Arbeitslosenversicherung gesprochen. Einige Mitglieder wurden neu aufgenommen. Der Versammlung wohnte Kollege Haber bei, er nahm fast alle Kollegen in die Versicherung auf. Das Schlußwort sprach Kollege Steiof. Er dankte allen Kollegen für ihr zahlreiches Erscheinen und für ihre Arbeit im vergangenen Jahr. Heinrich Wittich.

**Steinbach (Sichsfeld).** Am 12. Januar feierte die Ortsgruppe Steinbach ihr 25jähriges Stiftungsfest. Das Fest nahm seinen Anfang mit einem gemeinsamen Gottesdienst, in welchem besonders der verstorbenen Mitglieder des Verbandes gedacht wurde. Nach dem Gottesdienst bewegte sich der Festzug nach dem Verbandslokal Müller, wo alle Kollegen ein gemeinsames Frühstück einnahmen. Um 15 Uhr begann der Hauptakt. Der Vorsitzende Maher begrüßte die erschienenen Kollegen und Gäste, besonders den Herrn Pfarrer Kullmann, das Lehrerkollegium und den Ortsvorsteher Köllmer, welcher heute noch Mitglied der christlichen Gewerkschaft ist. Kollege Cramer erfreute uns durch einen Festvortrag. Bezirksleiter Zumbrof zeigte in seiner Festrede, was der Verband in seinem 30jährigen Bestehen geleistet hat. Er erinnerte an die Führer der christlichen Gewerkschaften, wie Stegerwald, Hirtfelder, Ambusch, Biederberg und Franz Wieser. Er gedachte auch der hohen Verdienste des Fürstbischofs zu Mainz, Emanuel von Ketteler. Kollege Zumbrof erinnerte daran, daß die Bauarbeiter, besonders die des Eichsfeldes, für Hungerlöhne arbeiten mußten, ehe ihre Lage durch die Tarifverträge verbessert wurde.

Der Referent beleuchtete das hohe Verdienst der christlichen Gewerkschaften bei der Reform der Arbeitslosenversicherung, bei der Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes und der Neuerungen in der Sozialversicherung. Am Schluß der Festrede ermahnte der Referent die Kollegen zu reger Agitationsarbeit. Besonders gedachte er der Jugend: denn wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Drei Jubilare, Karl Köllmer I, Wilhelm Arnul und Josef Biederhold erhielten die Silberne Nadel und ein Ehren Diplom für 25jährige ununterbrochene Mitgliedschaft. Einen schönen Abgang erhielt das Fest durch einen gemütlichen Ball. Robert Griethe.

**Würgburg.** Am 12. Dezember hielt unsere Ortsgruppe die Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Pfister, begrüßte die anwesenden Kollegen aus herzlichster

und wünschte allen ein glückliches neues Jahr. Nachdem die Protokolle vom Schriftführer verlesen waren gab der Vorsitzende den Jahresbericht, woraus zu ersehen war, daß wir auch im vergangenen Jahre vorwärtsgekommen sind. Den Kassenbericht konnte der Kassierer noch nicht geben, da es noch immer Kollegen gibt, die am Jahreschluß mit den Beiträgen im Rückstand sind und ihm seinen Posten erschweren.

Aus der Wahl des Vorstandes gingen folgende Kollegen hervor: 1. Vorsitzender: Konrad Schmitt; 2. Vorsitzender: Rühlhorn; 1. Schriftführer: Fridolin Spiegel; 2. Schriftführer: Schwarz; Kassierer: Martin Zehner; Beisitzer: Grogans, Joseph Neubauer; Kartelldelegierte: Zehner und Polster; Ortswohlfahrtsauschüß: Spiegel; Revisoren: Polster und Göppert; Hauskassierer: Spiegel und Joh. Beck. Nachdem der neue Vorstand gewählt war, wurde folgender Antrag, welchen der Kollege Greib begründete, angenommen: Jeder Kollege muß im Jahr 1930 eine Ortslokalbeitrag von 1 RM. zahlen, welcher durch 2 Marken, à 50 Pf., zu entrichten ist, um die Ortskasse zu stärken und um die Kollegen in Not auch etwas zu unterstützen.

Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt waren und ein dreifaches Hoch auf das Wachstum und Gedeihen des Verbandes ausgebracht war, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung. M. Zehner.

**Jordan.** Eine recht gemütliche Feier veranstaltete die Verwaltungsstelle Jordan-Paradies anlässlich ihres 30jährigen Stiftungsfestes, verbunden mit einer Wimpelweihe für die Jugendgruppe. Eine stattliche Zahl christlicher Gewerkschaftler, auch aus der Umgebung, hatte sich zu dieser Feier eingefunden und wurde durch den Vorsitzenden herzlich begrüßt, mit dem Wunsch, daß diese Feier auch zur Stärkung der Bewegung beitragen möge. — Kollege Thora, Mitglied des Hauptvorstandes, sprach in seiner Festrede zu den Alten. Als Kenner der Entwicklung der Verwaltungsstelle Jordan-Paradies konnte er einen guten Rückblick geben über die 30jährige Arbeit und stellte bei seinen Ausführungen den Kollegen Andriki, der heute noch, 70jährig, mit in der Leitung der Verwaltungsstelle steht, wiederholt als besonderes Beispiel gerade den jüngeren Kollegen gegenüber hin. Der Redner führte den Anwesenden in verständlicher Weise die Leistungen der Gewerkschaften, gerade der christlichen Gewerkschaften, in den letzten 30 Jahren vor Augen. — Die Uebergabe und die Weihe des Wimpels wurde durch den Bezirksleiter Herrmann vorgenommen, der sich im besonderen an die Jugend wandte und ihnen die Pflichten, die sich ergeben durch die Zugehörigkeit als christliche Bauarbeiter, vor Augen führte. Als Losung gab er ihnen nur auf den Weg: „Durch Arbeit zum Erfolg.“ Herrmann schloß seine Ausführungen mit dem Satz: „Die die Fackeln tragen, werden sie denen übergeben, die sie weiter tragen“; und das ist unsere Jugend. — Ein frohes Tänzchen brachte die Feier früh um 5 Uhr in gemütlicher Stimmung zu ihrem Ende.

### Sterbetafel

Am 21. Dezember 1929 starb unser treuer Kollege Ferdinand Bromann aus Malkes bei Oberimbach im Alter von 65 Jahren an Herzschwäche. Bromann war Mitbegründer der Verwaltungsstelle Fulda und eifriges Mitglied im Verbands.

Verwaltungsstelle Fulda.

Am 5. Januar starb unser treuer Kollege Heinrich Mittelmann nach kurzem Leiden an Herzlähmung im Alter von 39 Jahren. Er war seit Juli 1910 Mitglied unseres Verbandes.

Ortsgruppe Olfen i. Westf.

Am 6. Januar starb unser treues Mitglied, der Maurer Franz Dietmann an Kopigrippe im Alter von 47 Jahren.

Verwaltungsstelle Osnabrück.

Am 11. Januar starb unser junges Mitglied, der Maurerlehrling Heinz Schutte infolge Blinddarmentzündung im Alter von 18 Jahren.

Verwaltungsstelle Ebniger.

Im Alter von 65 Jahren starb unser treues Mitglied Adam Bohl. Fast 12 Jahre gehörte er ununterbrochen unserm Verband an.

Verwaltungsstelle Dortmund.

Ehre ihrem Andenken!

**Bauarbeiterhosen** aus Ill-Drahtleder mit 12er Schuß u. Lederaschen 13.- Rm, aus II-Drahtleder 9.- Rm u. 650 Rm. **Maurerhosen** 120 Rm. Echt Linder-Mancherthosen Qual. I 17.- Rm, II 13.- Rm, III 11.- Rm. **Maurerblusen** 5.- Rm. **Schwere Jälander** 13 Rm. Preis b. Bestellung von 20 Rm. frei-taus. Preisliste u. Muster gratis. **Emil Kohle/dt, Dresden 6, Ritterstr. 2** Mechanische Spezialfabrik für Bauarbeiter-Kleidung Gegr. 1894

**Schmale Seatholz-Wasserwaagen**  
Längen 100 90 80 75 70 60 50 45-40 35-25 c.a.  
Preis 3,70 3,50 3,30 3,20 3,10 2,90 2,65 2,50 2,20 M.  
Ich garantiere für solide und genaue Anfertigung. Bestellungen per Post werden unter Nachnahme zugestellt. Von 4 Stück an portofrei. Von 11 Stück an eine gratis. Günstige Maurer-, Statiker- u. Plattenlegerwerkzeuge, nur erste Qualität, zu billigsten Preisen. Probestücke werden unentgeltlich versandt. Bei Bestellung Größe und Form angeben.  
**Walter Richter, Düsseldorf-Unterath**